

TVÖD/TV-L für alle! Die Forderung, die uns vereint.

**Prekär und tariffrei - Nicht mit uns!
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.**



Der „Gewerkschaftliche Aktionsausschuss KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIE BEREICHE im Verantwortungsbereich des Landes Berlin“ hat sich am 5. November 2015 auf einer Konferenz konstituiert, an der 150 Kolleginnen und Kollegen von ver.di, der GEW und anderen Gewerkschaften teilgenommen haben, darunter ehren- und hauptamtliche Verantwortliche aus den Gewerkschaftsvorständen und -gremien, Tarifkommissions- und Betriebsgruppenmitglieder, Vertrauensleute und Betriebs- und Personalräte. Dieser Schritt war das Ergebnis eines über ein Jahr dauernden Kampfes in den Bereichen, begleitet von gemeinsamen Aktionen und eines ständigen Meinungs- und Erfahrungsaustausches.

Prekäre Arbeit und tariffreie Zonen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin sind zu einem Thema geworden, an dem sich niemand mehr mit allgemeinen Floskeln von „guter Arbeit“ vorbeimogeln kann. Zu konkret sind die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen in den verschiedensten von Tariffucht und Ausgründungen gekennzeichneten Bereichen: TVÖD bzw. TVL für alle, Rückführung der Tochtergesellschaften, Beseitigung aller möglichen Formen der ungesicherten Arbeitsverhältnisse. Forderungen, für die gekämpft und gestreikt wurde an den kommunalen Krankenhäusern Vivantes und Charité, im

Botanischen Garten und beim Technikmuseum, bei den sozialen Diensten, bei der AWO, in den Volkshochschulen, Musikschulen und Hochschulen. Forderungen, für die sie gemeinsam im gewerkschaftlichen Aktionsausschuss, gestützt auf ver.di, GEW und DOV aktiv sind.

Die rigorose Politik der Haushaltskonsolidierung des Berliner Senats (von rot-rot wie rot-schwarz) hat dazu geführt, dass Berlin zur Hauptstadt der Armut und prekärer Beschäftigung geworden ist, wobei ein nicht unwesentlicher Teil prekärer Arbeit in Bereichen und Einrichtungen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin stattfindet.

In zahlreichen gemeinsamen Aktionen haben die Beschäftigten den Kampf gegen diese Politik aufgenommen, wobei immer die gewerkschaftliche Organisation und Aktionsfähigkeit in den Betrieben und Einrichtungen entscheidend war. Dazu haben wir an einzelnen Beispielen die Bilanz aufgezeigt.

Am 1. Mai, auf der DGB-Demonstration, standen die Kolleginnen und Kollegen des Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses mit ihren Forderungen und Transparenten auf der Bühne (siehe Foto).

Vor dieser Kulisse sagte der Regierende Bürgermeister Michael Müller sinngemäß, dass er die Anliegen versteht und sich für diese einsetzen werde, aber nicht alles könne von heute auf morgen verwirklicht werden.



Niemand erwartet, dass alles von heute auf morgen verwirklicht wird. Wir sind GewerkschafterInnen und Realisten. Aber wir brauchen von den Abgeordneten und vom Senat klare Aussagen, in denen definiert wird, wann welche Aufgabe angepackt und wann welche Schritte unternommen

Gewerkschaftlicher Aktionsausschuss

KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIE BEREICHE

im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

werden sollen, um die Forderungen zu verwirklichen, um schließlich Schluss zu machen mit prekärer Arbeit und tariffreien Zonen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin. Dazu gehört die Planung, wie die ausreichende Finanzierung zur Umsetzung gesichert werden soll.

Delegationen zu den Fraktionen im Abgeordnetenhaus

Unterstützt von der GEW, ver.di und DOV waren VertreterInnen des Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses aus den verschiedenen Betrieben und Einrichtungen bei allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen.

Wir haben uns in den Gesprächen für folgende Ziele eingesetzt:

- Tarifvertragsfreie Zonen im Öffentlichen Dienst und in Betrieben der Öffentlichen Daseinsvorsorge, auch der mittelbaren, müssen ins Tariffrecht zurückgeführt werden.
- Grundsätzlich keine Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben zum Zwecke des Lohndumpings. Dort, wo sie stattgefunden haben, fordern wir die Rückführung.
- Schluss mit staatlich organisierter prekärer Beschäftigung.

Nach ausführlichen Darstellungen der Situation in den Betrieben, haben die Vertreter der Fraktionen jeweils ihr Verständnis für unsere Forderung ausgedrückt.

Diese Reaktion der Abgeordneten hat viele der KollegInnen überrascht, da sich darin zeigt, welches Echo wir mit unserer Organisation und unsere Aktionen erreicht haben.

Aber gleichzeitig verwiesen die Vertreter der Fraktionen darauf, dass die Erfüllung unserer Forderungen unter dem Vorbehalt des Schuldenabbaus und der Haushaltskonsolidierung stehen muss. Dazu gebe es keine Alternative.

Wir erklären dazu: Im Namen der unter dem Druck der Schuldenbremse praktizierten Haushaltskonsolidierung wurde die Ausweitung prekärer Beschäftigung und

Technik-Museum



Durch den Kampf der Beschäftigten und die direkte Intervention des Abgeordnetenhauses wurde erreicht, dass eine Vereinbarung zur Entfristung der Arbeitsverhältnisse abgeschlossen wurde. Wir stimmen dem Vorsitzenden der SPD-Abgeordnetenhausfraktion, Raed Saleh, zu, wenn er erklärt, dass von diesem Beispiel „eine erhebliche Signalwirkung für alle städtischen und städtisch finanzierten Unternehmen“ ausgeht. Im Juli 2016 haben die ver.di-KollegInnen für die Anwendung des TV-L in den ausgegliederten Bereichen gestreikt.

Betriebsgesellschaft des Botanischen Gartens



Dieser ausgegliederte Betrieb, Teil der Freien Universität, zeichnet sich durch Gehaltsunterschiede bis zu 42 % im Vergleich zu Beschäftigten der FU aus. Nachdem sich die KollegInnen organisierten, eine Tarifkommission gebildet wurde, nach zahlreichen Aktionen und Streiks, stehen nun die Entgelt-Tarifverhandlungen vor dem Abschluss. Dabei sieht der Entwurf vor, dass in einem Übergang die TV-L-Entgelte ab 1.1.2019 zu 100% erreicht werden. Der Senat hat zugesichert, die Mehrkosten für die Tarifierhöhungen 2018/19 zu finanzieren. Ein wirklicher Erfolg.

tariffreier Bereiche durch Ausgründungen und Tariffucht als unausweichlich vorangetrieben.

Mit ver.di stellen wir klar, dass die Schuldenbremse durchbrochen werden muss. Wir können nicht akzeptieren, dass wir mit Lohndumping und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, bzw. Entwertung unserer Arbeit bezahlen sollen. Es geht aber auch um unsere Löhne und Arbeitsplätze, es geht um die ausreichende Finanzierung der Schulen, Krankenhäuser, sozialen Einrichtungen...

Unsere Erfahrung ist: Nur durch den gewerkschaftlichen Kampf bis hin zum Streik, können unsere Forderungen erfüllt werden.

Ständiges Handeln, Tarifverhandlungen und Streiks, Demonstrationen und Delegationen zu den Parteitag haben erreicht, dass die von uns aufgeworfenen Fragen ein Echo in der Gesellschaft und den Parteien gefunden haben.

Aber es ist kein einfacher Weg. Nehmen wir nur ein Beispiel. Bei den Kinder- und Jugendambulanzen haben die KollegInnen erreicht, dass ein Haustarifvertrag abgeschlossen wurde, der an den TV-L Berlin angelehnt ist. Nun wurden als Kompensation Personaleinsparungen angekündigt. Dies zurückzuweisen, ist eine weitere Herausforderung.

TVöD/TV-L für alle!

Diese Forderung verbindet alle, die im Kampf gegen prekäre Arbeit in Berlin stehen. Sie konzentriert die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“

TVöD/TV-L für alle - dafür haben sich die KollegInnen



und Kollegen mobilisiert, Betriebsgruppen gegründet, Tarifkommissionen gebildet, Aktionen durchgeführt, gestreikt.

... das geht nicht?

Bei der Delegation von Vivantes mit KollegInnen der Therapeutischen Dienste und der ausgegliederten Tochter VSG, hat der Berliner Finanzsenator, Kollatz-Ahnen, Klartext geredet und erklärt: „TVÖD für alle – das geht nicht“. Das könne nicht die Grundlage für Verhandlungen sein.

Können wir und unsere Gewerkschaften das akzeptieren?

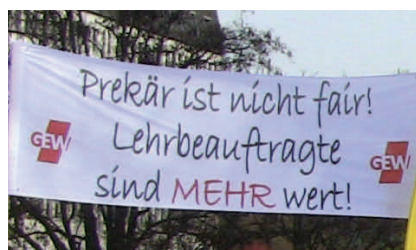
Sicher, über alles kann verhandelt werden, aber jeder Abschluss muss sichern, dass sich die Schere zwischen vereinbarten neuen Tarifverträgen und dem TVÖD bzw. TV-L nicht vergrößert. Das heißt, diese müssen bestimmt sein von dem Ziel des Einstiegs in den TVÖD bzw. TV-L.

Im Öffentlichen Dienst gibt es zwei zentrale Flächentarifverträge: TVÖD und TV-L. Die Anerkennung und Respektierung des Flächentarifvertrages ist eine gewerkschaftliche Grundforderung. Der Finanzsenator will sich dagegen den Tarifvertrag aussuchen, den er möchte. An die Stelle des TVÖD/TV-L sollen betriebliche Vereinbarungen treten, ohne Bezug auf den TVÖD/TV-L. Er entscheidet sich somit ausdrücklich gegen den Flächentarifvertrag.

Warum sind wir für Flächentarifverträge?

Weil wir verhindern wollen, dass zwischen den einzelnen Betrieben ein Wettbewerb über die Löhne organisiert wird. Die Flächentarifverträge sind das Rückgrat der Gewerkschaften. Mit seinem Standpunkt vertritt Kollatz-Ahnen einen gewerkschaftsfeindlichen Systembruch. Er nimmt Abschied von dem Prinzip: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Berliner Hochschulen



Auch die Lehrbeauftragten im Hochschulbereich werden mit Niedrig-Vergütungen abgespeist. Dabei halten sie einen Großteil des Lehrbetriebs aufrecht. Sie fordern daher Dauerstellen für Daueraufgaben.

Für die im Lehrauftrag verbleibenden Kolleginnen und Kollegen fordern sie die Angleichung der Vergütung an die des festangestellten Lehrpersonals einschließlich einer Dynamisierung. Auch die die Lehre begleitenden Tätigkeiten müssen vergütet werden.

Dafür müssen bei der Novellierung der Hochschulverträge zweckgebundene Mittel bereitgestellt werden.

Auch für die Kolleginnen und Kollegen, die als Lehrbeauftragte bzw. DozentInnen für ein Honorar arbeiten, muss sich dieses an den Gehältern der Festangestellten, also an den bestehenden Flächentarifverträgen, orientieren. Nur so kann das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verwirklicht werden.

Freie Träger im Sozialbereich



Die Kolleginnen und Kollegen fordern die ausreichende Ausfinanzierung der Freien Träger, damit endlich eine gerechte und angemessene Bezahlung nach TV-L umgesetzt wird, d.h. die verbindliche Bezahlung nach TV-L für alle Beschäftigten, die direkt oder indirekt aus öffentlichen Geldern bezahlt werden.

Wir brauchen unsere Gewerkschaften

Jahrelang hat der Senat zur Haushaltssanierung u.a. prekäre Beschäftigung organisiert. Nur dadurch, dass wir uns gewerkschaftlich organisiert haben, konnten wir den Kampf gegen die staatlich organisierte prekäre Beschäftigung aufnehmen. Durch unseren gewerkschaftlichen Kampf treten wir dafür ein, dass die jetzt gemachten Versprechungen auch im Abgeordnetenhaus eine politische Vertretung finden und umgesetzt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seid mit prekärer Arbeit konfrontiert?

Es gibt nur einen Weg: Organisiert Euch in Eurer Gewerkschaft, in gewerkschaftlichen Betriebsgruppen!

Nehmt Kontakt mit dem gewerkschaftlichen Aktionsausschuss auf!

Musikschulen, Volkshochschulen



Die prekäre Lage ist seit Jahren unverändert. Die Lehrenden arbeiten ausschließlich (VHS) bzw. fast ausschließlich (Musikschulen) auf Honorarbasis. Die Vertretung der VHS-DozentInnen fordert für die arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten entweder feste Stellen oder Honorartätigkeit mit Tarifvertrag. In beiden Fällen muss die Vergütung der von BerufsschullehrerInnen entsprechen. Auch Honorarkräfte ohne arbeitnehmerähnlichen Status müssen die gleichen Erhöhungen erhalten. Die MusikschullehrerInnen fordern eine stufenweise Umkehr des Verhältnisses von Freien MitarbeiterInnen zu Festangestellten und einen Tarifvertrag für die verbliebenen „Freien“.

Prekär und tariffrei — Nicht mit uns!

Charité-Tochter CFM



Seit 10 Jahren fordern die Kolleginnen und Kollegen einen Tarifvertrag. Sämtliche Verhandlungen sind bisher gescheitert. Die privaten Anteilseigner, die die Geschäfte der mehrheitlich zur Charité gehörenden Tochter führen, betreiben systematisches Lohndumping – und das alles in einem öffentlich verantworteten Betrieb. Jetzt wurde von der Betriebsgruppe der CFM eine Tarifkommission gebildet, um erneut zu versuchen, zu Tarifverhandlungen zu kommen. Seit einigen Wochen laufen die Verhandlungen.

Vivantes-Töchter Therapeutische Dienste und VSG



Vor fast zwei Jahren wurde die Tochter Therapeutische Dienste GmbH (VTD) neu gegründet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die neu eingestellt werden, erhalten bis zu 1000 € weniger Lohn. Mit der Gründung der VTD wird der Beruf insgesamt abgewertet. Da die Ausbildung selbst finanziert werden muss, wird ein Fachkräftemangel entstehen, weil sich kaum jemand mehr für diesen Beruf entscheidet. So ist letztlich mit der Entscheidung zur Ausgründung der Tochter die Frage verbunden, ob man Krankenhäuser mit oder ohne TherapeutInnen will. Die gemeinsame Forderung der Kolleginnen und Kollegen lautet: Auflösung der Therapeutischen Dienste GmbH und Re-Integration der dort eingestellten KollegInnen in die Muttergesellschaft.

Die Kolleginnen und Kollegen der Vivantes Service GmbH, ebenfalls ausgegründete Tochter, traten Mitte Juni in einen mehrtägigen Warnstreik, um endlich Tarifverhandlungen zu erwirken (die jetzt laufen). Auch ihre Forderung: „Für einen Tarifvertrag: TVÖD für alle!“.

Gemeinsamer Streik der Berliner Kliniken!

Im Rahmen des Tarifkampfes zum TVÖD streikten die Beschäftigten der Berliner Charité und von Vivantes gemeinsam. Sie führten am 26. April 2016 vor dem Brandenburger Tor eine gemeinsame Kundgebung durch.

Bodenverkehrsdienste an den Flughäfen



Die Kolleginnen und Kollegen begrüßen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages, der aber durch Leiharbeit und Werkverträge unterlaufen wird. Sie fordern: Schluss mit den Dumpinglöhnen, Aufhebung von Leiharbeit und Werkverträgen. Die Sicherheit und der geregelte Ablauf an unseren Flughäfen verlangen dies. An einem internationalen Aktionstag haben sich auch die Kolleginnen und Kollegen in Berlin beteiligt.

Wir sind nicht allein!

Im Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss „Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin!“ treffen sich neben Kolleginnen und Kollegen der Charité und von Vivantes, Beschäftigte des Botanischen Gartens, DozentInnen der Volkshochschulen, LehrerInnen der Musikschulen, TherapeutInnen in den Kinder- und Jugendambulanzen und der Behindertenhilfe, Besucherservice-MitarbeiterInnen im Technikmuseum und freie Orchester-MusikerInnen.

Wir sind viele!

Wir sind Personal- und Betriebsräte, Tarifkommissionsmitglieder und in Betriebs- und Fachgruppen gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte, Verantwortliche der Fachbereiche und der Vorstandsghremien von ver.di, GEW und DOV.

Im Vorfeld des 1. Mai wurde unsere aktuelle Kampagne „Prekär und tariffrei - Nicht mit uns!“ gestartet. Verschiedene Aktionen haben bereits stattgefunden. Weitere werden folgen.

Der Gewerkschaftliche Aktionsausschuss wurde auf einer Versammlung am 5. November 2015 gegründet auf der Grundlage der dort verabschiedeten **Berliner Erklärung**. Diese Arbeitsplattform, unsere Infoblätter und Flyer sowie aktuelle Informationen aus den Bereichen findet Ihr auf unserer Webseite www.ga-prekaere-arbeit.de.

Wir treffen uns einmal im Monat.

Unsere Email-Adresse: akprekarb@gmail.com.

Über diese Adresse könnt Ihr Euch für den Verteiler registrieren, um aktuelle Infos und Termine zu erhalten.

www.ga-prekaere-arbeit.de

